

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Sitzungstermin: Mittwoch, 02.09.2009
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:25 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verw. gebäude II

Anwesend:

Vorsitzender

Swieter, Benjamin

SPD-Fraktion

Brunken, Karola
Burfeind, Heidrun
Mecklenburg, Rico
Meinen, Regina
Schulze, Kai-Uwe
Wessels, Johann

für Horst Götze

für Horst Jahnke
(bis 18:45 Uhr)

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut
Hoffmann, Monika

FDP-Fraktion

Ammersken, Heino
Eilers, Hillgriet

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd

Fraktion DIE LINKE.

Koziolak, Stephan-Gerhard

Verwaltungsvorstand

Docter, Andreas
Lutz, Martin

(bis 19:15 Uhr)

von der Verwaltung

Discus, Gerhard
Baumann, Albert
Buß, Thomas
Mansholt, Dieter
Stomberg, Beate
Willms, Artur
Waldeck, Thomas

Protokollführung

Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Swieter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Swieter erklärt, die Verwaltung habe darum gebeten, den Tagesordnungspunkt 8 vor Tagesordnungspunkt 6 zu behandeln, da diese Punkte inhaltlich ähnlich gelagert seien.

Herr Ammersken teilt mit, seine Fraktion verzichte auf eine Erläuterung des Tagesordnungspunktes 9. Der Antrag der FDP-Fraktion sei am 15.04.2009 gestellt worden und es mache wenig Sinn, diesen heute noch zu beantworten, weil zwischenzeitlich Fakten geschaffen worden seien.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 23.04.2009

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 23.04.2009 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 5 Konjunkturpaket II;
- Sachstandsbericht
Vorlage: 15/1281

Herr Waldeck erklärt, mit der Vorlage seien bereits vier Anlagen verschickt worden, aus der Einzelheiten zu den verschiedenen Förderbereichen entnommen werden könnten. Bevor er

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

diese Anlagen erläutere, wolle er noch einige grundsätzliche Ausführungen zu den Emden Maßnahmen machen, die sich aus dem Konjunkturpaket II ergeben würden.

Er führt aus, das Konjunkturpaket II sehe vor, dass bis Ende 2011 Fördermaßnahmen mit einem Finanzvolumen von 18,3 Mio. € bau- und finanztechnisch abzuwickeln seien. Dieses beinhalte einen städtischen Eigenanteil in Höhe von 1,1 Mio. €. Alle Fördermaßnahmen würden sich in der vom Rat beschlossenen I. Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2009 wiederfinden. Zudem sehe das Konjunkturpaket II drei verschiedene Förderbereiche vor. Der erste Bereich sei die Pauschalförderung mit einem Volumen von 3,75 Mio. €. Der zweite Bereich sei die Projektförderung mit einem ursprünglichen Volumen von 3,87 Mio. €. Hier hätten sich aber Änderungen ergeben, die er noch erläutern würde. Der dritte Förderbereich beinhalte besondere Einzelmaßnahmen im Landesinteresse mit einem Volumen von 13 Mio. €.

Herr Waldeck erläutert ausführlich die einzelnen Maßnahmen der Pauschalförderung der Schulinfrastruktur (Anlage 1) sowie der sonstigen Infrastruktur (Anlage 2).

Anschließend bemerkt Herr Waldeck zu den Maßnahmen der Projektförderung, die ursprünglich geplanten Mittel hätten 3,87 Mio. € betragen. Es hätten sich jedoch Änderungen ergeben. In der Anlage 3 seien die jeweiligen Einzelprojekte noch einmal aufgeführt. Hier seien Anträge auf Fördergelder zu stellen gewesen, die alle fristgerecht eingereicht worden seien. In den letzten Tagen hätten sich gravierende Änderungen ergeben, die in den Anlagen zur Vorlage nicht mehr eingepflegt werden konnten. Anhand einer Folie stellt Herr Waldeck nunmehr die aktuellen Zahlen vor. So sei eine Schwerpunktförderung die Turnhallensanierung mit einem Volumen von 800.000 €, der Ausbau der BBS II als Innovations- und Zukunftszentrum mit 1.170.000 €, die Medienausstattung an allgemeinbildenden Schulen mit 292.000 € sowie diverse Schulbaumaßnahmen mit 1.121.000 €.

Herr Waldeck erläutert, die Sanierungen im Turnhallenbereich würden nicht wie ursprünglich beantragt mit Fördermitteln aus dem Konjunkturpaket II finanziert werden können. Das Land gewähre aufgrund der begrenzt zur Verfügung stehenden Fördermittel nur Zuschüsse für Turnhallen, die vor 1965 gebaut worden seien. Der entsprechende Ablehnungsbescheid des Innenministeriums sei am 03.08.2009 ergangen. Hinsichtlich des Ausbaus der BBS II als Innovations- und Zukunftszentrum erklärt er, hier seien 1,3 Mio. € eingestellt worden. Aber auch da werde Emden voraussichtlich nicht berücksichtigt. Dieses habe ein Gespräch mit dem Nds. Kultusministerium ergeben. Noch läge kein Ablehnungsbescheid vor. Er werde aber für diese Woche erwartet.

Bezüglich der Medienausstattung bemerkt Herr Waldeck, die Stadt Emden habe einen Teilzuwendungsbescheid in Höhe von 76.500 € für die Beschaffung digitaler Unterrichtsmedien erhalten. Diese Gelder seien bereits angefordert. Der zweite Zuwendungsbescheid in Höhe von 215.500 € zur Verbesserung der Medienausstattung für mobiles Lernen sei auch bereits eingegangen. Weiter teilt Herr Waldeck mit, im Bereich der diversen Schulbaumaßnahmen würde in Kürze auch ein Teilzuwendungsbescheid erwartet.

Abschließend erklärt Herr Waldeck, bei dem letzten Förderungsbereich (Anlage 4) handele es sich um Maßnahmen, die im Landesinteresse liegen würden. Für die Sanierung Rotes Siegel mit einem Projektvolumen von 13 Mio. € laufe derzeit noch ein europaweites Ausschreibungsverfahren und die Entscheidung müsse noch abgewartet werden. Parallel würden dazu auch mit dem zuständigen Finanzministerium weitergehende Abstimmungs- und Abwicklungsgespräche stattfinden, sodass dieses auf einem guten Weg sei.

Herr Swieter bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Ammersken erkundigt sich, wie man mit der negativen Entscheidung bezüglich der Turnhallensanierung im Hinblick auf den Haushalt 2010/2011 umgehen wolle und ob es Vorschläge gäbe, dieses Geld entsprechend einzustellen. Seines Erachtens hätten diese Projekte sicherlich eine Priorität.

Herr Lutz entgegnet, es würden keine Eigenmittel übrig bleiben, denn diese seien teilweise kreditfinanziert und ausdrücklich vom Finanzministerium genehmigt. Die Stadt Emden sei nicht berechtigt, Kredite aufzunehmen, sofern damit keine Finanzierung aus dem Konjunkturpaket verbunden sei. Auch würde im nächsten Jahr bei den laufenden Kosten von jedem Euro ein Fehl von 10 Cent entstehen. Somit werde der Stadt Emden richtig viel Geld fehlen. Um allein die laufenden Kosten bezahlen zu können, müssten 13 Mio. € Kredite aufgenommen werden. Auch mache er sich darüber Gedanken, ob die zukünftigen Haushalte überhaupt noch genehmigungsfähig seien. Des Weiteren müsse an einem Haushaltskonsolidierungskonzept gearbeitet werden, da dieses gesetzlich vorgeschrieben sei. Zusätzliche Ausgaben werde er daher nicht vorschlagen können.

Frau Burfeind fragt an, um welche Sportheime es sich bei der Pauschalförderung handele.

Herr Buß führt aus, dieses sei noch nicht festgelegt. Im nächsten Jahr würden hierfür 20.000 € zur Verfügung stehen.

Herr Renken erklärt, die weggefallenen 330.000 € seien tatsächlich ein dicker Wermutstropfen. Mit diesem Volumen von 2 Mio. € habe man eigentlich gerechnet und geplant. Jetzt fließe dieses Geld aufgrund der Auswahlkriterien des Landes nicht mehr nach Emden. Er habe in der Zeitung gelesen, dass die Verteilung der Fördergelder offenbar eine politische Dimension annehme. Man habe in der Vergangenheit öfter den Eindruck gewonnen, dass nicht allein sachliche Kriterien bei den Zuwendungsbescheiden eine Rolle spielten. Seiner Meinung nach sei es bitter, dass die Stadt Emden die 2 Mio. € für den Ausbau und die Sanierung der Schulen und besonders für das Projekt Zukunftsinnovation der BBS II nicht bekäme. Ansonsten sei es erfreulich, dass von Seiten der Verwaltung viele Dinge vorbereitet worden seien. Abschließend bittet er um Auskunft, ob es realistisch sei, dass 50 % der Vorhaben tatsächlich noch 2009 umgesetzt werden könnten.

Herr Waldeck teilt mit, bis Ende des Jahres seien 1,7 Mio. € angemeldet. Hier wolle man versuchen, dieses Geld auch abzurufen. Insofern sei ein Großteil abgedeckt. Zwar seien dieses noch keine 50 %, aber in die Maßnahmen käme jetzt nach den Sommerferien ein gewisser Schwung. Mehrere Maßnahmen, die nunmehr in der Planungsphase seien, würden voraussichtlich noch im Jahr 2009 umgesetzt werden.

Frau Meinen fragt an, ob die Honorarkosten für die Architekten in der Summe enthalten seien.

Herr Baumann antwortet, grundsätzlich seien diese Kosten mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu decken.

Herr Mecklenburg stellt fest, wenn die Gelder, die insgesamt nach dem Konjunkturpaket II beantragt werden konnten, nach einem bestimmten Schlüssel zustande gekommen seien, dann sei es doch so, dass eigentlich von dem für Emden zustehenden Konjunkturpaket II 2,3 Mio. € überhaupt nichts ausgegeben werden könnte, weil man eine Ablehnung des konkreten Projektes bekommen habe. Nach seinem logischen Denken würde dieses bedeuten, dass man das Geld möglicherweise noch für andere Dinge beantragen könnte. Weiter bittet er um Auskunft, ob bei der Verbesserung der Medienausstattung für mobiles Lernen auch Kürzungen vorgenommen worden seien.

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Lutz erklärt, es gäbe einen pauschalen Teil, der nach einem bestimmten Schlüssel verteilt worden sei. Von diesem Teil seien 65 % für Schulinfrastruktur und 35 % für sonstige Infrastruktur zu nutzen. Außerdem gäbe es beim Land noch einen Sportförderungstopf, der aus Mitteln des Konjunkturpakets II erhöht werde. Dieser sei für die Renovierung von bestehenden Turnhallen vorgesehen. Die Projekte der Turnhallensanierung seien alle gesondert zu beantragen. Es gäbe keinen Anspruch darauf, diese in der bestimmten Summe gefördert zu bekommen. Daher könne man hier auch nicht so schnell mit der Planung beginnen. Es handele sich um eine Chance, Geld zu kommen, und nicht um eine Sicherheit.

Herr Buß führt aus, die Mittel aus dem Konjunkturpaket II für die Schulen im Bereich der Medienequipment seien zweigeteilt. Er werde in der morgigen Schulausschuss-Sitzung näher darauf eingehen. Hinsichtlich der Medienequipment erklärt Herr Buß, als seinerzeit erkennbar gewesen sei, dass die Stadt Emden ca. 240.000 € hierfür im Bereich Mobiles Lernen erhalten würde, seien die Schulen aufgefordert worden, entsprechende Medienkonzepte zu erstellen. Auf der Grundlage dieser Konzepte habe die Stadt Emden 13 Anträge gestellt. Letztlich habe man für alle Anträge entsprechende Mittel bekommen. Die Schulleiter der entsprechenden Schulen, die davon profitieren würden, werden relativ kurzfristig eingeladen, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Wofür das Geld auszugeben sei, sei im Grunde genommen durch die Medienkonzepte vorgezeichnet.

Herr Bongartz erinnert daran, dass man sich im Vorfeld schon darüber einig gewesen sei, dass der Ausbau der BBS II als Innovations- und Zukunftszentrum mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht vom Konjunkturpaket II profitieren werde. Trotzdem habe man versuchen wollen, ob es funktioniere. Das es nicht funktioniert habe, sei bedauerlich. Abschließend betont Herr Bongartz, er sei Herrn Lutz dankbar, dass er in aller Deutlichkeit noch einmal auf die derzeitige finanzielle Situation hingewiesen habe.

Frau Eilers schließt sich den Worten von Herrn Bongartz an. Insgesamt könne man jedoch festhalten, dass die Verwaltung alles sehr gut vorbereitet habe. Das nicht alles gefördert werden könne, sei im Vorfeld völlig klar gewesen. Wenn man nunmehr das Gesamtpaket betrachte, könne man mit dem Erreichten insgesamt sehr zufrieden sein.

Frau Eilers erkundigt sich, um welchen Inhalt es sich bei dem Objekt der sonstigen Infrastruktur handele und welche Kriterien bei der Turnhallenförderung zugrunde gelegt worden seien. Weiter bittet sie, einige Vorschläge zu machen für die Pauschalförderung und die Projektförderung.

Herr Baumann entgegnet, im Rahmen der sonstigen Infrastruktur könnten Maßnahmen gefördert werden, die sich nicht nur im Bereich der Schulen bewegen würden. Hier hätten u. a. das Frauenhaus oder die Bürgerhäuser davon profitiert.

Herr Docter erklärt bezüglich der Energiegewinnung, als der Nachtragshaushalt beschlossen worden sei, habe man diese Summe für Wärmerückgewinnungskollektoren eingesetzt. Einige Ratsmitglieder hätten bereits an einer Vorführung durch den Stadtsportbund teilgenommen. Durch relativ einfache Mittel sei es möglich, aus Sonnenenergie heraus Wärme zurückzugewinnen. Dieses könne insbesondere in Sporthallen eingesetzt werden.

Weiter führt Herr Docter hinsichtlich der Projektförderungsanträge aus, sowohl für die Medienequipment als auch für den gescheiterten Antrag der BBS II müsse man sich zunächst einmal bei den Schulen bedanken, die in sehr kurzer Zeit Konzepte aufgestellt und Anträge formuliert hätten. Gerade bei dem wirklich schwierigen Thema Mechatronik sei es schade, dass solche wichtigen Projekte nicht zum Zuge gekommen seien. Es zeige aber, dass die Berufsschulen es sehr wohl nötig hätten, sich im Innovationsbereich weiter zu entwickeln und dringend auf Gelder angewiesen seien.

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Renken stellt fest, es dürfe nicht umsonst sein, was die BBS II erarbeitet habe. Diese Konzepte könnten eine Grundlage für die weitere Entwicklung der Schule sein, unabhängig davon, ob das Land jetzt fördere oder nicht. Daher sollte sich auch der Schulausschuss mit diesem Thema beschäftigen.

Des Weiteren erinnert Herr Renken an die Diskussion, die seinerzeit geführt worden sei. Der Tenor sei gewesen, dass wahrscheinlich vornehmlich Schulen in Südost-Niedersachsen gefördert würden, da dort die großen Technologiezentren seien. Auch sei dort die Forschung und Entwicklung schwerpunktmäßig im Lande angesiedelt. Doch am Ende habe er der Presse entnommen, dass ganz andere Kriterien ausschlaggebend gewesen seien. Insofern sei es schon verwunderlich, dass gerade im Bereich Innovation und Zukunftszentren die industriellen Schwerpunktstandorte wie Aurich oder Emden mit den meisten Industriearbeitsplätzen hier in der Region nicht bedacht worden seien.

Herr Docter bemerkt, der größte Fördertopf sei an die Berufsschule in Elsfleth für ein maritimes nautisches Projekt mit einem Drittel der Gesamtsumme gegangen.

Frau Burfeind lobt die informative Darstellung und bedankt sich im Namen ihrer Fraktion dafür.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 6 Quartalsberichtsergebnis zum 30.06.2009
Vorlage: 15/1285

Herr Lutz erläutert das Quartalsergebnis zum 30.06.2009 ausführlich anhand der Anlage zur Vorlage 15/1285.

Anschließend stellt Herr Lutz fest, damit sei dieses Jahr relativ harmlos an der Stadt Emden vorübergegangen. Er weist darauf hin, dass es im Jahr 2009 eine Sondersituation bei den Steuern gegeben habe. Demnach erwarte er die Einnahme von ca. 40 Mio. € Gewerbesteuer. Der normale Schnitt läge deutlich niedriger bei ca. 25 Mio. €. Wenn er sich die Sondereffekte ansehe und das nächste Jahr überplane, komme er zu dem Ergebnis, dass die 25 Mio. € Gewerbesteuer, die er für das Jahr 2010 in den Plan hineingesetzt habe, der „Best Case“ sei. Seiner Ansicht nach müsse man sich darüber im Klaren sein. In den nächsten Jahren werde die Stadt Emden beim Finanzausgleich nicht so sehr berücksichtigt, da sie in den Vorjahren relativ reich gewesen sei. Der kommunale Finanzausgleich diene dazu, einen Ausgleich zwischen einer reichen und einer armen Gemeinde zu schaffen. Auch die Stadt Emden habe in schlechten Jahren von dieser Finanzausgleichsmasse profitiert. Doch in dem nächsten Jahr werde dieses Geld fehlen. Gleichzeitig würden die Kosten im sozialen Bereich weiter ansteigen. Er habe versucht, für das nächste Jahr einzukalkulieren, wie der Finanzausgleich die Stadt Emden treffen werde. Das Land habe ihm freundlicherweise den Orientierungsdatenerlass für den Planungszeitraum 2009 bis 2013 überlassen. Hier gehe das Land davon aus, dass es beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer sowohl 2009 als auch 2010 ein Minus von 9,5 % geben werde. Herr Lutz fasst zusammen, die Stadt Emden werde über Jahre hinweg Geld benötigen, nur um die laufenden Kosten decken zu können. Herr Lutz betont, die guten Jahre seien schlicht und ergreifend vorbei.

Weiter erklärt Herr Lutz, ob die Stadt Emden die Summe des Finanzausgleichs tatsächlich richtig berechnet habe, werde man erst anhand des Orientierungsdatenerlasses feststellen können. Es werde damit gerechnet, dass aufgrund der zurückgehenden Steuereinnahmen des Landes im nächsten Jahr die Zuweisung aus dem Kommunalen Finanzausgleich um rund 20 % im Ver-

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

gleich zum Jahr 2009 sinken werde. Es kämen nunmehr die etwas schwereren Jahre, in denen man sich darum kümmern müsse, was man tatsächlich in dieser Stadt behalten wolle und wie man dieses finanzieren wolle.

Abschließend bittet Herr Lutz, zunächst einmal den 30.09.09 abzuwarten und dann zu schauen, wie weiter vorzugehen sei. Wenn man dann der Meinung sei, obwohl die Zahlen nicht ausreichen würden, den Haushalt wieder zu öffnen und die Haushaltssperre aufzuheben, dann müsse man sich über einen Nachtragshaushalt unterhalten und wie 3 Mio. € einzusparen seien. Er weist darauf hin, dass die nächsten Jahre mit Sicherheit noch viel schwerer würden.

Herr Swieter bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Mecklenburg erklärt, bereits für das Jahr 2009 habe man von einem Fehlbetrag in Höhe von 6 Mio. € gesprochen. Jetzt würde man lediglich bei 3 Mio. € liegen. Das stelle sich schon einmal nicht ganz so dramatisch dar, wie es erwartet worden sei. Möglicherweise sei das beim nächsten Quartalsergebnis anders. Ob die Stadt Emden beim Landesdurchschnitt bei der Gewerbesteuer mit einem Minus rechnen müsse, dürfe zumindest auch noch in Frage gestellt werden. Schon häufiger habe Emden in der gesamten Entwicklung besser dagestanden, was die Finanzkrise angehe.

Herr Mecklenburg führt weiter aus, bestimmte Bereiche wie z. B. der Bereich Kinder, Jugend und Schule sollte nicht von Kürzungsmaßnahmen betroffen sein. Auch in den vergangenen Jahren sei dieser Bereich nie angetastet worden. Wenn jetzt pauschal gekürzt werden sollte, führe dieses zu größeren Irritationen. Besonders würden die Schulen nicht mehr mit ihrem Budget zurechtkommen. Aus diesem Grunde sei seine Fraktion dagegen, dass hier auch gekürzt werde. Herr Lutz habe ihm eine Prüfung für Anfang Oktober zugesagt. Komme es hierzu nicht, werde er im Oktober einen dementsprechenden Antrag stellen.

Herr Bongartz stellt fest, dass hierüber im Verwaltungsausschuss bereits gesprochen worden sei. Selbstverständlich könne die Mehrheitsfraktion einen Antrag auf einen Nachtragshaushalt stellen, doch dann sei man vielleicht wieder in dem Bereich, wo man vorher auch gewesen sei. Wenn man sich hier über den Haushalt der nächsten Jahre unterhalte, dann müsse man auch darüber nachdenken, wie viele Schulden man künftigen Generationen zumuten wolle. Er habe bereits zweimal eine Haushaltskonsolidierung mitgemacht. Die erste Runde sei besonders schlimm gewesen. Dort sei man an einem Punkt angelangt gewesen, wo man heute erkennbar hinkommen werde.

Herr Lutz erklärt zunächst, wie es zur Reduzierung des Defizits gekommen sei. Er gibt jedoch zu bedenken, dass zum Ende des Jahres 9,5 Mio. € in den Vermögenshaushalts zugeführt werden solle, um die geplanten Investitionen auch wirklich durchführen zu können.

Weiter weist Herr Lutz darauf hin, in den 90er Jahren habe die Stadt Emden mehr Rücklagen gehabt, die für bestimmte Investitionen geplant gewesen seien. Als es zu einem Defizit gekommen sei, habe die Kommunalaufsicht gesagt, dass die Rücklagen zunächst verbraucht werden müssten. Im Moment rede man davon, dass die heutigen Rücklagen unter Umständen im nächsten Jahr verbraucht sein würden. Er versuche, bei der Umstellung auf das NKR sicherzustellen, dass das Geld im nächsten Jahr doch noch zur Verfügung stehe. In diesem Jahr seien lediglich 6 Mio. € für Investitionen zur Seite gelegt worden. Damit würden 3 Mio. € fehlen. Wenn man sich nunmehr über einen Nachtrag unterhalte, bedeute dieses, dass am Ende des Jahres ein Strich gezogen werde und nur das, was übrig sei, könne der Rücklage zugefügt werden. Ggf. müsse dann das Paket, welches im letzten Jahr mit dem Nachtrag verabschiedet worden sei, aufgeschnürt werden. Hier müsse man sich dann über die Konsequenzen Gedanken machen, bevor man über Ausnahmen bei der Haushaltssperre sprechen würde.

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Ammersken betont, er wolle den Zeitpunkt nutzen, an die Fraktionen und die Verwaltung zu appellieren, im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung darüber nachzudenken, was der Kämmerer gerade geschildert habe. Für seine Fraktion seien die sakrosankten Bereiche wie Schule, Bildung und Kultur besonders wichtig. Zudem sollte eine klare Linie vorgegeben werden, wie man den Haushalt in den nächsten Jahren gestalten wolle. Er bittet darum, gemeinsam alle Bereiche im Hinblick auf Einsparpotentiale anzugucken und nicht reflexartig Partikularinteressen zu bedienen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Gestaltung Haushaltsplan 2010
Vorlage: 15/1286

Herr Lutz erklärt, im nächsten Jahr werde es keine Haushaltsstellen mehr geben. Auch werde nur noch einiges Bekanntes wiederzufinden sein. Hier sei es von Vorteil, dass man schon eine geraume Zeit mit dem Budgetbuch gearbeitet habe, in dem sowohl die Produkte also auch die Haushaltstellen zu finden seien.

Herr Lutz erläutert kurz, wie bisher verfahren worden sei und stellt danach die nächste Planung vor. Abschließend bemerkt er, eine Verabschiedung des NKR-Haushalts noch in diesem Jahr hätte den Vorteil, dass dann zum 01.01.2010 auf das neue System umgeschaltet werden könne.

Herr Mansholt stellt anhand des Beispiels „Chemisches Untersuchungsamt“ die Gestaltung des Haushaltsplans ab 2010 vor und erläutert ausführlich den Aufbau.

Herr Swieter bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Frau Eilers findet es positiv, dass zukünftig die Produkte detailliert dargestellt werden könnten. Doch könne sie es nicht nachvollziehen, aus welchem Grunde es nicht möglich sei, genaue Vergleichszahlen aus den beiden Vorjahren mit anzugeben. Diese Zahlen benötigten die Ratsmitglieder bei ihrer Arbeit, ansonsten würden sie bei der Aufgabe überfordert sein, Vergleiche anzustellen.

Herr Mansholt entgegnet, auf der Ebene des Gesamthaushalts und der Teilhaushalte könnten Vergleichszahlen genannt werden. Zwar wäre dieses mit Mehrarbeit verbunden, doch es sei leistbar. Auf der Produktebene habe man andere Schwierigkeiten. Im kameraleen Haushalt gäbe es keine Produktergebnisse, weil Produkte dort nicht vorkommen würden. Die bisherigen Produktergebnisse würden aus den Daten der Kosten- und Leistungsrechnung stammen. Diese sei derzeit aufgrund der Umstellungsarbeiten inaktiv und könne daher nicht die benötigten Informationen liefern. Herr Mansholt weist auch darauf hin, dass es ein technischer Grund sei, der nicht geändert werden könne.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Baumaßnahmen des Gebäudemanagements in 2009
Vorlage: 15/1287

Herr Baumann erklärt, er wolle heute über die baulichen Tätigkeiten berichten, die in diesem Jahr durchgeführt worden bzw. noch durchzuführen seien. Er erinnert daran, dass das Gebäu-

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

demanagement im Jahre 2004 eingerichtet worden sei und noch im selben Jahr ein 5 Mio. € Sanierungspaket an die Hand bekommen habe, welches bis Anfang 2007 umgesetzt worden sei. In den letzten fünf Jahren habe das Gebäudemanagement eine Summe von 25,5 Mio. € in die Schulgebäude investiert. Herr Baumann geht kurz auf die in diesem Jahr noch anstehenden Arbeiten an den Schulen ein und stellt fest, dass man gerade im Bereich der Schulen auf einem sehr guten Wege sei.

Anschließend gibt Herr Baumann anhand einer Präsentation, die im Internet unter www.emden.de einsehbar ist, einen Überblick über die Bautätigkeiten in den städtischen Gebäuden im Jahr 2009.

Herr Swieter bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Renken fragt an, ob es einheitliche Quadratmeterpreise für alle Gebäudetypen geben würde, nach welchen Kriterien dieses festgelegt werde und ob es evtl. noch einen Anpassungsbedarf neben den Schulgebäuden geben würde.

Hinsichtlich der Überdachung am Hintereingang des Verwaltungsgebäudes II führt Herr Renken aus, dieses erscheine ihm ein relativ hoher Betrag zu sein. Er bittet um Auskunft, was denn dort aufgebaut werde. Auch sei er darüber verwundert, dass spontan 36.000 € für ein Dach eingeplant sei.

Herr Lutz erklärt, für die Verwaltungsgebäude I und II würde es eine Mischkalkulation geben, wobei für beide Gebäude die gleiche Miete gelte. In dem Verwaltungsgebäude II seien einige Abschreibungen enthalten. Es handele sich dabei um Investitionen, die seit dem Jahre 2005 getätigt worden seien.

Weiter führt Herr Lutz aus, für das Verwaltungsgebäude III gäbe es einen anderen Vermieter, sodass dort die tatsächliche Kostenmiete anders sei als in den anderen Verwaltungsgebäuden. Für die Schulen sei eine einheitliche Miete vereinbart, die sich daran orientiere, was man üblicherweise an Investitionen durchführen sollte und was man benötige, um die Instandhaltung zu machen. Insgesamt würde man damit am unteren Level liegen, was man tatsächlich zur Verfügung haben müsste. Für die jetzt übernommenen Gebäude der Jugendförderung sei aufgrund fehlender genauer Kenntnisse festgelegt worden, dass die derzeit im Haushalt stehenden Summen für die bauliche Instandhaltung dort eingesetzt würden. Somit würden die Gebäude so behandelt, wie sie auch durch die Jugendförderung behandelt worden wären. Doch gehe er davon aus, dass ein deutlich höherer Instandhaltungsbedarf bei fast allen Gebäuden vorhanden sei und dass man auch anhand der Handreichungen der KGSt zu anderen Werten kommen und noch eine höhere Mietbelastung haben werde.

Herr Lutz bemerkt, auf der anderen Seite habe man den Vorteil, dass die Werte, die man bislang hatte, nicht weiter verfallen würden, sondern könne diese Werte noch aufrechterhalten. Zudem hätten z. B. die neu eingesetzten Fenster den wirtschaftlichen Vorteil, dass weniger Energie verbraucht werde. Das Hauptaugenmerk der gemachten Investitionen würde zunächst auf die energetische Sanierung gelegt. Wenn dabei auffalle, dass Brandschutzmaßnahmen gemacht werden müssten, kämen die noch mit hinzu.

Herr Baumann führt aus, es werde seit einigen Jahren darüber diskutiert, dass das kleine Vordach am Verwaltungsgebäude II nicht ausreichend sei. Die Verwaltung habe nunmehr einen Vorschlag erarbeiten lassen. Da jedoch das Gebäude unter Denkmalschutz stehe und nicht jedes beliebige Dach dort aufgestellt werden könne, habe man ein gläsernes Vordach beauftragt, welches sich praktisch in das Gebäude einfüge. Die Arbeiten seien für die Herbstferien

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

geplant. Herr Baumann weist besonders auf die Probleme der Gründung hin, da dieses Vorhaben sehr viel Gewicht mit sich bringe und dadurch die hohen Kosten verursache.

Herr Bongartz stellt fest, seitens der CDU-Fraktion freue man sich darüber, dass seinerzeit bei der Umorganisation der Stadt Emden auch ein Gebäudemanagement eingerichtet worden sei. Die Abwicklung sei bedeutend besser, da alles in einer Hand liegen würde.

Frau Eilers erklärt, sie finde es beeindruckend, welche Summen hier bewegt würden. Ihr sei aufgefallen, dass einige Hausmeister ehrenamtlich tätig gewesen seien. Ihrer Ansicht nach sei dieses nicht selbstverständlich. Wenn Schüler mit eingebunden würden, könnten sie auch lernen, Verantwortung für etwas Selbstgebautes zu übernehmen. Sie bittet um Auskunft, ob es möglich sei, dass Eltern nach der Bereitstellung von Material z. B. einen Klassenraum selbst gestalten könnten.

Herr Baumann bemerkt, die Hausmeister seien nicht ehrenamtlich tätig geworden, da sie bei der Stadt Emden beschäftigt seien und auch hierfür ihr Geld bekämen. Es würde sich hierbei um größere Maßnahmen handeln, die nicht unbedingt zur alltäglichen Arbeit eines Hausmeisters gehörten. Hinsichtlich der Eigeninitiative von Eltern erklärt Herr Baumann, dass dieses schon in Einzelfällen gemacht worden sei und er gerne das Material den Eltern zur Verfügung stelle.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 9 Neubau eines IV. Verwaltungsgebäudes;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 15.04.2009
Vorlage: 15/1272

Von der Antragstellerin zurückgezogen.

TOP 10 Brandschutz an Emdener Schulen;
- Antrag der CDU-Fraktion vom 09.08.2009
Vorlage: 15/1276

Herr Bongartz erklärt, da in den letzten Jahren immer wieder an Schulen die Brandschutzmaßnahmen hochgerüstet worden seien, bitte er um einen Überblick über den Brandschutz an den Emdener Schulen. Gerade auch im Hinblick auf den Haushalt sei dieses vorteilhaft, da dann möglicherweise dem Gebäudemanagement notwendige Gelder zur Verfügung gestellt werden könnten.

Herr Docter führt aus, beim Brandschutz gäbe es einen permanenten Fluss, der sich aus den ständigen Veränderungen wie der technischen Erneuerung und Erweiterung in den Schulen oder Verwaltungsgebäuden ergebe würde. Veränderungen in den Gebäuden führten immer zu Veränderungen im Brandschutz und zur Forderung hier nachzuarbeiten.

Weiter stellt Herr Docter fest, es würden derzeit große Baumaßnahmen in erster Linie an oder in bestehenden Gebäuden durchgeführt. Bei einer Bauerweiterung werde neu mit alt verknüpft, dadurch würde sich eine neue Brandschutzanforderung im Zusammenhang mit der Neubaumaßnahme ergeben. Das bedeute, wenn an einem genehmigten Gebäude Änderungen vorge-

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

nommen würden, dann verlange die Bauordnung, dass der Genehmigungsgeber prüfe, wie im Altbereich der Zustand des Brandschutzes gesehen auf die heutigen Rechtsanforderungen sei. Er könne verlangen, dass 20 % der Bausumme für zusätzliche Brandschutzmaßnahmen aufgebracht werden müssten.

Aufgrund technischer Anforderungen und baulicher Veränderungen bleibe der Brandschutz bei den Schulen und Gebäuden permanent im Fluss, sodass nicht von einem festen Zeitpunkt ausgegangen und gesagt werden könne, was fehle. Darüber hinaus befinde sich das Gebäudemanagement zusammen mit dem Brandschutzprüfer der Feuerwehr in einem ständigen Untersuchungsrahmen, bei dem immer wieder betrachtet werde, ob strukturelle Veränderungen vorgenommen worden seien. Daneben müssten auch die gesetzlichen Änderungen beachtet werden.

Abschließend weist Herr Docter darauf hin, dass die Energiesparmaßnahmen, die das Gebäudemanagement sukzessiv abarbeite, in einem großen Maße natürlich auch Brandschutz- und Sicherheitsmaßnahmen seien.

Herr Baumann bemerkt, wie Herr Docter schon ausgeführt habe, könne eine regelrechte Bestandsaufnahme derzeit nicht geliefert werden. In fast allen Gebäuden sei ein Bestandsschutz vorhanden. Derzeit sei man dabei, auch u. a. das GAT brandschutztechnisch nachzurüsten. Ebenso seien in den letzten Jahren ca. 350.000 € in die BBS I geflossen, um dort dem Sicherheitsaspekt genüge zu tun. Das bedeute aber nicht, dass die Stadt Emden dazu verpflichtet gewesen sei, da hier kaum bauliche Veränderungen an dem Gebäude vorgenommen worden seien. Auch beim JAG sei nach der Errichtung des Anbaus der Brandschutz immer weiter vervollständigt worden. Und in der Westerburgschule seien im Altbau Brandabschnittstüren eingebaut worden, obwohl das nicht unbedingt erforderlich gewesen sei. Zudem stimme sich das Gebäudemanagement mit der Bauaufsicht und dem Brandschutzprüfer ab, welche Maßnahmen zu ergreifen seien. So seien in den letzten Jahren 1,5 Mio. € allein in den Brandschutz geflossen. Dieses bedeute aber nicht, dass die Schulen nicht sicher seien.

Abschließend bemerkt Herr Baumann, zudem sei eine Vereinbarung mit der Feuerwehr getroffen worden, dass jährlich eine Abordnung durch jede Schule gehe und die Mängel aufliste. Danach würden gemeinsam mit dem Fachdienst Schule und Sport diese Mängel abgearbeitet. Dieses habe auch den Vorteil, dass die Feuerwehr die Gebäude durch die Begehungen kennenlerne.

Herr Bongartz stellt fest, seine Fraktion habe lediglich wissen wollen, wie es um den Brandschutz in den Emden Schulen allgemein bestellt sei und ob mehr Gelder zur Verfügung gestellt werden müssten.

Herr Lutz führt aus, wenn man die Gebäude in einen ordentlichen Zustand versetzen möchte, dann benötige man ca. 26 Mio. €. Für den Brandschutz kämen noch einmal 20 % der Investitionssumme hinzu. Daraus ergäbe sich die Summe, die für den Brandschutz eingesetzt werden müsste. Dieses Geld sehe er jedoch im Moment nicht.

Herr Renken erklärt, er habe mit Interesse gehört, dass diese Brandschutzmaßnahmen nicht zwingend erforderlich seien und dass an den Schulen, an denen nichts verändert worden sei, Bestandsschutz herrsche. Somit seien es keine zwingend gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen gewesen, sondern der Sicherheitsstandard sei freiwillig auf den heutigen Stand gesetzt worden. Er stelle sich die Frage, inwieweit man sich die vorsorgenden Investitionen vor dem finanziellen Hintergrund in Zukunft noch leisten könne.

Herr Docter betont, da derzeit ganz massiv an den Emden Schulen gebaut werden, löse dieses auch Forderungen im Brandschutz aus. Dem komme das Gebäudemanagement im We-

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

sentlichen nach. Bei den Gebäuden, wo nichts verändert worden sei, sei auch die Notwendigkeit nicht vorhanden. Die Begehungen mit der Feuerwehr würden durchgeführt, um auch das Sicherheitsverhalten und das Sicherheitsempfinden der einzelnen Schulen aufzubauen. Kleine Mängel mit einem geringen Aufwand würden beseitigt werden. Hinzu komme, dass viele der Maßnahmen, die sich auf den Brandschutz auswirken würden, über das Energiesparprogramm zustande kämen und aus energetischer Sicht sinnvoll seien. Es würde kaum freiwillig in Gebäude riesig investiert werden. Die größte Anzahl seien Brandschutzmaßnahmen in Folge von baulichen Veränderungen.

Herr Wessels fragt an, ob die Türen der Klassenräume in den Schulen auch brandhemmend sein müssten.

Herr Fischer-Joost erklärt, ganz normale Klassenraumtüren an einer neuen Schule bräuchten lediglich schalldämmend zu sein. Nur Klassenraumtüren, die sich direkt im Treppenhaus befinden würden, müssten den brandschutzrechtlichen Anforderungen genügen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Energetisches Förderprogramm; Vorlage 15/1294

Herr Lutz erklärt, er sei im Verwaltungsausschuss am 31.08.2009 darum gebeten worden, in einer öffentlichen Sitzung zu wiederholen, wie die Verwendung der Mittel für das energetische Förderprogramm aussehen würde. Diese Haushaltsstelle habe im Jahr 2009 einen Ansatz von 100.000 €. Hierzu käme noch ein Rest in Höhe von 74.492,63 € aus dem Vorjahr hinzu, sodass insgesamt in diesem Jahr rund 175.000 € zur Verfügung stehen würden. Das energetische Förderprogramm sei hauptsächlich für städtische Gebäude eingerichtet worden, ohne dass jedoch irgendwelche Auflagen gemacht worden seien. Daher könnten auch andere Gebäude entsprechend gefördert werden.

Herr Lutz erörtert anschließend die einzelnen Maßnahmen ausführlich.

Herr Ammersken bedankt sich für die Erläuterungen. Er hätte sich jedoch gewünscht, dass eine solche Vorlage vorab öffentlich im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation beraten würde, bevor sie im Verwaltungsausschuss mitgeteilt werde. Auch sollte darüber berichtet werden, welche Anträge für die Vergabe von Fördermitteln im Hinblick auf energetische Gebäudesanierung vorliegen würden, sodass sich der Ausschuss auch mit diesen Anträgen beschäftigen und über die Vergaberichtlinien sprechen könne.

Herr Lutz bemerkt, diese Vorlage sei dem Verwaltungsausschuss zugeordnet worden, um den Rat möglichst umgehend über die Verwendung der Mittel zu informieren.

2. Verpachtung des Dorfgemeinschaftshauses Friesenkrug in Wybelsum

Herr Baumann bezieht sich auf den heute eingegangenen Antrag von Herrn Bongartz hinsichtlich der Verpachtung des Friesenkruges und teilt mit, dass hier ein neuer Pachtvertrag mit Herrn Alexander Mosalski geschlossen worden sei, der vom 01.08.2009 bis zum 31.12.2014 laufe. Mit ihm sei die Betriebsform „Gaststätte mit Saalbetrieb“ vereinbart worden. Die ersten Teetafeln, schulischen Veranstaltungen und Theateraufführungen hätten bereits stattgefunden. Dazu sei

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

parallel mit dem Fachdienst Schule und Sport eine Vereinbarung getroffen worden, dass diese Räumlichkeiten auch von der Schule in der Mittagszeit genutzt werden können.

Weiter führt Herr Baumann aus, vorab seien noch Investitionen in Höhe von 15.000 € wie die Neuanschaffung einer Geschirrspülmaschine, eines Kombidämpfers sowie eines Kühlschranks für die Küche erfolgt, da die alten Geräte abgängig gewesen seien und nicht mehr den hygienischen Anforderungen entsprachen.

TOP 12 Anfragen

Energetisches Förderprogramm; Vorlage 15/1294

Herr Ammersken bezieht sich noch einmal auf die Vorlage 15/1294, die bereits unter den mündlichen Mitteilungen von Herrn Lutz angesprochen worden sei. Er fragt an, ob die Mittel für energetische Gebäudesanierungen nicht explizit an städtische Gebäude gebunden seien oder ob auch Vereine und Institutionen Mittel aus diesem Programm bekommen könnten.

Herr Lutz entgegnet, von Seiten der Verwaltung sei vorgeschlagen worden, in den Haushaltsplan für die Folgejahre 80.000 € einzusetzen. Damit sollten in erster Linie städtische Gebäude bedient werden. Zusätzlich gäbe es im Haushaltsplan im Budget des Fachdienstes Schule und Sport noch eine weitere Haushaltsstelle in Höhe von 25.000 € für energetische Maßnahmen bei Sportvereinen. In der Haushaltsdebatte sei noch ein weiterer Betrag von 20.000 € hinzugekommen, sodass für energetische Sanierungsmaßnahmen per anno 100.000 € zur Verfügung stehen würden. Auch würde er es begrüßen, wenn dieses seitens des Rates genauer definiert würde und entsprechende Richtlinien aufgestellt würden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.